

Wir fordern

- Den Abbruch der Verhandlungen und Ratifizierungsprozesse aller Völkerrechtsabkommen, die auf Basis des Negativlisten-Ansatzes verfasst sind, da diese unkalkulierbare Risiken für die Bürger aller Vertragspartner beinhalten
- Keine Sonderklagerechte für Konzerne und Investoren (ISDS oder ICS und SSDS)*
- Keine Regulatorische Kooperation* oder Regulierungsbehörde
- Keine Aushebelung demokratischer Bürgerrechte – Schutz der Demokratie
- Keine Stillstands- und Sperrklinkenklauseln, die Rekommunalisierung verhindern
- Keine „lebenden Abkommen“, die auch nach Unterzeichnung, ohne parlamentarische Legitimation zum Nachteil der Bürger verändert werden können
- Gesunde Nahrungsmittel (ohne Genveränderung, Hormone und überflüssige Pestizide) mit überwiegend regionaler Vermarktung
- Strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips
- Verbot von Glyphosat* und Neonicotinoiden*
- Eine weltweite Stärkung der Kleinbauern, auch um Fluchtursachen und Hungersnöte zu verhindern
- Die Schaffung von gerecht entlohnten Arbeitsplätzen, eine insgesamt faire Handelspolitik
- Den Vorrang von Menschenrechten vor Interessen von Großunternehmen und Investoren
- Schutz der Natur und Umwelt vor Ausbeutung und Zerstörung
- Eine streng regulierte Finanzpolitik, die nachhaltig produzierende Gesellschaften fördert
- Ein gerechter, nachhaltiger Abbau und Verbrauch von Ressourcen
- Öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen von hoher Qualität für alle Bürger

- Einhaltung aller ILO-Kernarbeitsnormen (Internationale Arbeitsrechts-Standards)
- Unabhängige Forschung – kein Einfluss durch Konzerne auf Bildungseinrichtungen
- Beschränkung des Einflusses von Lobbyisten - Wirksame Kontrolle
- Schutz des geistigen Eigentums und der Daten aller Bürger

Warum unser Bündnis?

Die Bürgerinitiative „STOP-TTIP Kreis Miltenberg“ fordert, gemeinsam mit europaweit 500 weiteren STOP-TTIP Bündnissen, Campact, Greenpeace, Mehr Demokratie, Umweltinstitut München, Foodwatch, der KAB, DGB und Verdi, Attac, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem BUND, Brot für die Welt und vielen andern Organisationen eine FAIRE und nachhaltige Handelspolitik. Wir sind also nicht alleine!

Eine globale Handelspolitik, die ausschließlich auf Wirtschaftswachstum und den Profit einiger global agierender Konzerne und Investoren abzielt, ist in Zeiten des Klimawandels und massenhafter Völkerflucht nicht mehr zeitgemäß. Deshalb streiten wir alle gemeinsam, jeder auf seine Weise und an seinem Standort, für eine Veränderung. Viele Millionen Menschen beteiligen sich weltweit an Demonstrationen und Petitionen gegen die natur- und menschenfeindliche Handelspolitik, die durch unsere Regierungen noch immer vorangetrieben wird, stets unter dem Einfluss mächtiger Konzernlobbyisten.

Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen sich beteiligen, jeder nach seinen Möglichkeiten. Denn wir sind viele und wir können viel bewegen! Es geht um unser Leben und um die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wir entscheiden, wie lebenswert die Zukunft sein wird. Jeder Einzelne kann etwas dazu beitragen. Ein Beitrag ist die persönliche, aktive Mitarbeit. Wir treffen uns einmal im Monat, um Aktuelles auszutauschen, zu diskutieren, Veranstaltungen und Aktionen zu besprechen und vorzubereiten.

* Diese Begriffe finden Sie auf unserer Webseite etwas genauer erklärt!

TTIP (USA - EU) = Transatlantic-Trade-and Investment- Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft)

CETA (Kanada - EU) = Comprehensive Economic and Trade Partnership (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen)

JEFTA (Japan - EU) = Japan-EU-Free-Trade-Partnership (Japan-EU-Freihandels-Partnerschaft)

TiSA = Trade in Services Agreement (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen)

Mehr über unsere Aktivitäten auf unserer Website unter

www.ttip-nein-danke.de

Wir freuen uns über jeden, der mitmacht. Kontakt per E-Mail:

info@ttip-nein-danke.de

Webseite



V.i.S.d.P.R.

Angelika Nortmann
63930 Neunkirchen

Facebook



MACH MIT



**SELBSTORGANISIERTE
EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE**

gegen die Aushebelung von Demokratie und Bürgerrechten durch die Freihandels- und Dienstleistungsabkommen der „Neuen Generation“ wie

TTIP, CETA, JEFTA und TiSA





Worum geht es?

Derzeit werden mehrere Freihandels- und Dienstleistungsabkommen der sogenannten „neuen Generation“ verhandelt. Vordergründig geht es dabei um die Angleichung technischer Standards und die Beseitigung von Zöllen. Tatsächlich aber geht es um den Abbau demokratischer Bürgerrechte und die maximale Liberalisierung staatlicher Dienstleistungen. Dies würde zu einer Steigerung von Profiten für Großkonzerne und Investoren auf Kosten der Bürger und der Demokratie führen.

Wohlstand für alle?

Regierungsparteien, EU-Kommission und internationale Großkonzerne versprechen mehr Arbeitsplätze und Wohlstandsmehrung für alle Beteiligten. Unabhängige Untersuchungen allerdings haben nachgewiesen, dass eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, wenn überhaupt, minimal sein würde. Einkommen und Beschäftigung könnten sogar deutlich absinken.

Umwelt- Sozial- und Verbraucherstandards

Ziel der Abkommen ist, Umwelt- Sozial- oder Verbraucherstandards nur auf dem jeweils niedrigsten Stand anzuerkennen. Hohe Standards werden als „Handelshemmnis“ definiert und können zu einer Schiedsgerichtsklage führen. Gesunde Herstellungsverfahren, Bevorzugung regionaler Vermarktung, Landschaftsschutz und faire Löhne sind so nicht mehr möglich.

Bedrohung der Demokratie

Weder das EU-Parlament noch gewählte Länderparlamente der 28 EU-Staaten werden an den Verhandlungen beteiligt. Vertragsinhalte oder Verhandlungsstand werden auch vor den Abgeordneten geheim gehalten. Über die von der EU-Kommission und den Lobbyisten von Großindustrie und Banken ausverhandelten Völkerrechtsverträge dürfen gewählte Parlamentarier aller Parlamente nur mit „ja“ oder „nein“ abstimmen. Jede inhaltliche Veränderung ist ihnen verwehrt.

Regulatorische Kooperation

Die sogenannte „Regulatorische Kooperation“ soll den Konzernen noch vor der Beratung im Parlament direkten Einfluss auf die Gesetzgebung ermöglichen. Damit wird der bereits jetzt übermächtige Einfluss der Unternehmenslobby endgültig festgeschrieben.

Private Schiedsgerichte

Alle Freihandelsabkommen der neuen Generation enthalten die Möglichkeit, entgangene Gewinnerwartungen vor privaten Schiedsgerichten einzuklagen. Konzerne und Investoren können so Staaten zu Entschädigungen in Milliardenhöhe verklagen, selbst wenn diese noch keine Investition getätigt hatten. Auch der Vorschlag eines internationalen Handelsgerichtshofes ändert daran nichts.

Öffentliche Dienstleistungen und TiSA

Besonders TiSA fordert eine maximale Privatisierung staatlicher Dienstleistungen. Versorgungs- und Vorsorgeeinrichtungen wie Wasserversorgung, Nahverkehr, Bildungs- und Gesundheitswesen werden so zur Handelsware und sollen unwiderruflich privatisiert werden. Dies würde für die Bürger zu schlechterer Versorgung und steigenden Kosten führen. Durch TiSA fordern insgesamt 50 Länder „Marktzugang“ und „Inländerbehandlung“, für ausländische Firmen und deren Mitarbeiter, die nach deren heimischen Standards bezahlt werden. Dies sind Australien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, alle 28 EU-Staaten, Hongkong, Island, Israel, Japan, Südkorea, Liechtenstein, Mauritius, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Panama, Pakistan, Peru, die Schweiz, Taiwan, die Türkei und die USA. Die TiSA Verhandlungstexte bleiben noch 4 Jahre nach Inkrafttreten geheim.

Positiv- und Negativlistenansatz

Während alle bisherigen Freihandelsabkommen der EU als Positivlisten verfasst waren, in denen jeder betroffene Bereich genau aufgeführt und klar erkennbar war, sind die Abkommen der „Neuen Generation“ als Negativlisten verfasst. Das bedeutet, dass diese ALLES und JEDEN BEREICH umfassen, der nicht wasserdicht ausgenommen ist. Dadurch wird jede Dienstleistung, jeder Arbeitsbereich, auch Bodenschätze, Wasser und Wald als Handelsgut definiert. Bisher sind, laut unabhängigen Sachverständigen, lediglich die Polizei und das Militär verbindlich ausgenommen.

Kennzeichnungspflicht von Verbrauchsgütern

Eine Verschärfung der Kennzeichnungspflicht zum Schutz der Verbraucher, zum Beispiel vor genetisch veränderten oder hormonbehandelten Produkten oder Pestizidrückständen, wäre ein mögliches Handelshemmnis.

Geheimverhandlungen

Trotz aller Transparenz-Versprechen werden die Abkommen nach wie vor streng geheim verhandelt. Je mehr durch Leaks an die Öffentlichkeit dringt, desto klarer wird, dass es hauptsächlich um die Interessen von internationalen Konzernen, Banken und Investoren geht.

Unsere Alternative zu diesen Abkommen:

Solidarischer und ökologischer – FAIRER – Welthandel!

Menschenrechte, menschenwürdige Arbeit, soziale und ökologische Prinzipien und das europäische Vorsorgeprinzip sind nicht verhandelbar!